

Schreiben an den Vorstand der Bundestagsfraktion und den Bundesvorstand Bündnis 90/Die Grünen
Antwort „Info-Service der Bundestagsfraktion“ vom Mo 5.7.2021 (per E-Mail)

Sehr geehrter Herr Prof. Dinges,
sehr geehrte Damen und Herren,

Vielen Dank für Ihr Schreiben an den Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

Im Mittelpunkt grüner Gesundheitspolitik stehen die Bedürfnisse der Patient*innen und ihre Gesundheit. Das ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit, vielmehr umfasst unser Gesundheitsbegriff gesundes Leben, seelisches und körperliches Wohlbefinden, soziale Sicherheit und ein intaktes Umfeld. In unserem Gesundheitssystem wie in der Gesellschaft insgesamt sollten als Grundlage politischer Entscheidungen immer die sozioökonomischen Lebensrealitäten aller Geschlechter zählen.

Der Bedarf gesundheitspolitischer Angebote für Jungen und Männer liegt auf der Hand: Männer sterben im Schnitt fünf Jahre früher als Frauen. Von bestimmten schweren Erkrankungen wie Lungenkrebs, Leberzirrhose oder koronaren Herzerkrankungen sind sie häufiger betroffen als Frauen. Aber auch psychische Erkrankungen kommen bei Männern immer öfter vor. Depressionen werden aber bei ihnen aber nur halb so oft erkannt wie bei Frauen. Die Folge ist eine deutlich höhere Suizidrate. Auch Unfälle sind bei Männer häufiger. Zudem sind Männer oft einer höheren körperlichen Belastung bei der Arbeit ausgesetzt. Es ist außerdem bekannt, dass Männer seltener ärztliche Hilfe konsultieren oder Vorsorgeuntersuchungen (insbesondere jüngere Männer) in Anspruch nehmen. Vor diesem Hintergrund müssen Männern etwa bei Angeboten der Gesundheitsförderung und der Prävention gezielter adressiert werden als bisher. Als wirksam hat sich in der Jungen- und Männerarbeit die direkte Ansprache durch Multiplikatoren und die Ansprache von Männern in Gruppen erwiesen, insbesondere am Arbeitsplatz. Auch im Krankenhaus oder in Schulen sind Jungen und Männer leichter für Angebote der Gesundheitsfürsorge zu erreichen. Wirksam ist auch die Verbindung mit Sportangeboten. Diese Erkenntnisse sind auch nicht neu, die Ursachen dafür werden auch in Rollenbildern und Rollenerwartungen, die die Gesellschaft an Männer und Jungen stellt, festgemacht. Die grüne Fraktion hat sie schon vor über zehn Jahren in einem öffentlichen Fachgespräch zur Männergesundheit formuliert (<https://www.aerztezeitung.de/Politik/Die-Buendnisgruenen-entdecken-den-morbiden-Mann-354278.html>). Diese Prinzipien leiten unsere Arbeit auch heute.

Die Forderungen nach einer geschlechtersensiblen Gesundheitspolitik wurden im Zuge der Frauenbewegung erstmals zum Thema gemacht. So wurde zum Beispiel aufgezeigt, dass die Annahme vom männlichen Körper als „Norm“ zur schlechteren Gesundheitsversorgung von Frauen führt. Denn viele Medikamente wurden nicht an Frauen getestet, da ihre hormonellen Schwankungen das Testergebnis angeblich „verfälschten“, dennoch kamen diese Medikamente nach ihrer Zulassung wie selbstverständlich bei Frauen zum Einsatz, oft zu hoch dosiert und mit unerkannten Nebenwirkungen. Frauen haben z.B. schlechtere Überlebenschancen bei einem Herzinfarkt, Prothesen passen häufig nicht und es gibt zunehmende Lücken bei der Qualität der Geburtshilfe oder der reproduktiven Versorgung. Die Nichtberücksichtigung von Frauen in Forschung und Versorgung im Gesundheitsbereich ist auch eine Folge davon, dass Frauen in den Entscheidungsgremien des Gesundheitswesens eklatant unterrepräsentiert sind. . Einen Fokus auf dieses Ungleichgewicht zu legen und es zu überwinden war Anlass für den von Ihnen genannten Antrag.

Es geht aber nicht darum Frauen- versus Männergesundheit zu diskutieren. Wir halten die fehlende Gendersensibilität im Gesundheitssystem und in der Gesundheitspolitik für ein eklatantes Problem, denn all zu oft kommt dabei eine Gesundheitsversorgung heraus, die niemandem wirklich gerecht wird. Geschlechtergerechtigkeit ist unser Ziel, das werden wir nur erreichen, indem alle Geschlechter althergebrachte und einschränkende Rollenbilder aufbrechen und gemeinsam Verantwortung für eine geschlechtergerechte Gesellschaft übernehmen.

In unserem Wahlprogramm positionieren wir uns sehr deutlich zum Zusammenhang von sozioökonomischer Situation und der Gesundheit von Menschen. Dort heißt es: „Wer in der Fleischindustrie unter prekären Bedingungen arbeitet, in einer schimmeligen Wohnung oder an einer vielbefahrenen Straße wohnt oder mit Hartz IV in Armut lebt, kann seine Gesundheit nur schwer schützen, hat eine höhere Wahrscheinlichkeit zu erkranken und oft einen schlechteren Zugang zur Gesundheitsversorgung. Für eine gesunde Gesellschaft braucht es eine Politik, die vorsorgt, die die Ursachen von Krankheiten bekämpft, Präventionsforschung fördert und vorausschauend handelt. Statt nur auf die nächste Krise zu reagieren, sollen in Zukunft durch gemeinsame Gesundheitsziele und eine Ausweitung der Gesundheitsberichterstattung Krankheitsursachen und der Stand der gesundheitlichen Versorgung in den Blick genommen werden. Prävention, Gesundheitsförderung und gesundheitliche Versorgung wollen wir grundsätzlich als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen verfolgen.“ Dieses umfassende Verständnis von Gesundheit nimmt selbstverständlich alle Geschlechter in den Blick, um Maßnahmen zielgerichtet zur Wirkung zu bringen.

Eine Umfrage des Blogs gesund.men ist uns nicht bekannt und hat die Bundestagsfraktion auch nicht erreicht. Vielmehr zitiert der Beitrag aus einer Antwort eines Mitarbeiters auf eine Bürger*innenmail, die die Übersterblichkeit von Männern und die soziale Benachteiligung von Frauen während der Coronapandemie thematisierte. Es handelt sich dabei nicht um eine Antwort der grünen Bundesfraktion. Seitens des Blogbetreibers wurde kürzlich dazu auch eine Klarstellung veröffentlicht.

Mit freundlichen Grüßen

Info-Service der Bundestagsfraktion

Bündnis 90/Die Grünen
im Deutschen Bundestag
11011 Berlin